

AUFRUF DES SGB ZUM 1. MAI 2017

Bern, 3. April 2017

Zukunft für alle. Sozialer. Gerechter.

Viele Arbeitnehmende machen sich Sorgen. Um ihren Job. Die Arbeitslosigkeit sinkt nur langsam und sie verharrt auf einem für Schweizer Verhältnisse sehr hohem Niveau. Daran ist vor allem der viel zu starke Franken schuld. Besonders betroffen sind ältere Arbeitnehmende. Während die Arbeitslosigkeit zuletzt generell leicht zurückging, nahm sie bei den über 55-Jährigen weiter zu. Dabei haben viele von ihnen grosse Mühe wieder eine Stelle zu finden.

Viele Arbeitnehmende machen sich Sorgen. Um ihren Lohn. Noch immer gibt es viel zu viel Dumping, das die Löhne drückt. Und die Lohnerhöhungen der letzten Jahre fielen schwach aus. Zudem wurden sie sofort von den ständig steigenden Krankenkassenprämien weggefressen. Doch die Kantone treiben ihre schädliche Sparpolitik voran und kürzen die Prämienverbilligungen statt sie zu erhöhen.

Viele Arbeitnehmende machen sich Sorgen. Um ihre künftige Rente. Sie blicken zu Recht mit Sorgen auf ihre Pensionierung. Denn ohne Gegenmassnahmen gibt es für künftige Rentnerinnen und Rentner tiefere Renten.

Sorgen bereitet auch ein Blick über die Landesgrenzen. In den USA hat die immer grösser werdende Kluft zwischen arm und reich dazu geführt, dass ein unfähiger Präsident gewählt wurde, der den Herausforderungen nicht gewachsen ist. Und in Europa hoffen rechtsextreme Bewegungen und Parteien auf Mehrheiten.

Wenn die Probleme der breiten Bevölkerung und speziell der Arbeitnehmenden nicht ernst genommen werden, drohen solche Entwicklungen auch in der Schweiz. Wir Gewerkschaften benennen die Probleme. Wir kämpfen. Wir haben wesentlich dazu beigetragen, die fremdenfeindliche und diskriminierende Durchsetzungsinitiative und die schädliche Unternehmenssteuerreform III abzuschmettern.

Doch wir wollen nicht nur abwehren. Wir wollen und können die Schweiz auch gestalten. Sozialer. Gerechter.

Etwa in der Altersvorsorge. Seit Jahren reden die Arbeitgeber und ihre Verbündeten die AHV schlecht. Sie wollen Rentenalter 67 durchsetzen und die Bevölkerung in die Arme der Versicherer treiben. Trotzdem erzielten wir in der Altersvorsorge 2020 wichtige soziale Fortschritte. Gegen den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber und von SVP und FDP setzten wir erstmals seit 42 Jahren eine Erhöhung der AHV-Renten durch und nicht bloss eine Anpassung. Damit ist die von den Gewerkschaften seit langem geforderte Stärkung der AHV in Griffweite, angesichts der Probleme der Pensionskassen ist sie auch dringend nötig.

Die von uns mitgestaltete Reform bringt noch eine Reihe weiterer Fortschritte. Etwa dass Teilzeitarbeit in der zweiten Säule endlich besser versichert und damit die Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen eingeebnet wird. Oder dass ältere Arbeitslose nicht mehr automatisch aus der Pensionskasse ausgeschlossen werden, sondern künftig einen Rentenanspruch haben.

Nicht in allen Fragen konnten wir uns durchsetzen. Die Altersvorsorge 2020 ist Ausdruck eines Kompromisses. Das höhere Frauenrentenalter ist ein klarer Rückschritt. Und der Umwandlungssatz der obligatorischen beruflichen Vorsorge wird gesenkt. Anders als 2010 aber, als wir diese Senkung erfolgreich bodigten, wird die Rentensenkung diesmal ausgeglichen. Dank einer Bestandsgarantie für die über 45-Jährigen. Dank der AHV-Erhöhung.

Unter dem Strich bleibt, was die wenigsten erwartet hatten: Eine Rentenreform, die nicht nur Abbau bringt, sondern auch sozialen Fortschritt. Deshalb wird sie von Arbeitgebern, rechtsbürgerlichen Parteien und Medien wie NZZ, Weltwoche & Co. hart bekämpft. Für uns bedeutet das: Wir müssen zusammenstehen und dieser Vorlage im September zum Durchbruch verhelfen.

Gerechter und sozialer: das gilt auch für die Genderfrage. Gleichheit beim Rentenalter verlangt Gleichheit zuvor. Vor allem Lohngleichheit. Hier müssen die Betriebe endlich kontrollieren, dass Frauen und Männer gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit erhalten. Wer gegen die Lohngleichheit verstösst, muss gebüsst werden. Und es braucht viel mehr staatliches Engagement in der Betreuung der Kinder, damit die Vereinbarkeit von Erwerb und Familie für die Frauen Tatsache wird.

Bei der Umsetzung der SVP-Masseneinwanderungsinitiative haben wir diskriminierende Kontingente verhindert. Wir haben die flankierenden Massnahmen weiter entwickelt, wenn auch nur bescheiden. Und wir haben durchgesetzt, dass Arbeitslose bei der Stellenbesetzung einen Vorrang erhalten sollen. Das macht die Arbeitswelt ein bisschen sozialer und gerechter.

Ein Blick auf die letzten eineinhalb Jahre zeigt: Das Engagement der Gewerkschaften lohnt sich. Natürlich haben die Arbeitgeber und ihre politischen Unterstützer die neoliberale Agenda noch längst nicht abgeschrieben. Widerstand wird weiter nötig sein. Eben haben sie einen Angriff auf den Arbeitnehmerschutz gestartet. Sie wollen immer mehr Menschen zu nicht bezahlter Arbeit, zu Nacht- und Sonntageinsätzen zwingen. Auf Kosten unserer Gesundheit, auf Kosten des Familienlebens, auf Kosten des sozialen Zusammenhalts. Auch diesen Angriff werden wir abwehren.

Aber wir können und werden die Zukunft auch gestalten. Sozialer. Gerechter.